

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

„Politische Wegweiser“ erscheint monatlich am 1. Juni. Gesamtpreis: 75 Cent. Einmalig monatlich 10 Cent. Subskriptionspreise: 10 Mark für ein Jahr. Bestellungen an: Verlagsbüro, Postfach 30, Halle a. S., Unterbreitengasse 10.

Kostenlos ist für die Abonnenten die Zusendung von 10 Cent für den Postzuschlag. Einzelnummern 1 Mark. Anzeigenpreise nach dem Tarif der „Politischen Wegweiser“, Halle (Saale), Nr. 1277.

Streichs, höhere Gewalt und Verleumdung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung. Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Nummer 24 Halle, 16. Juni 1928 4. Jahrgang

## Das neue Kabinett

Das Kabinett des Bürgerblats ist nun endlich zurück. Was alle Mißverfolge 16 Monate nicht erochen konnten, haben die Wahlen erzwingen. Nicht nur ein Streifen der Opposition wird man das Reichstagsmitglied nationaler Minister begrüßen. Ueberall wird man ihnen, wo man für eine ehrliche gradlinige Politik und den Wiederaufbau Deutschlands als wichtiger empfand, denn jede Parteitaktik. Eine Träne weinen wir ihm nicht nach. Es stellt in der Geschichte des republikanischen Deutschlands die Regierung der geringsten Verantwortlichkeit dar. Um Herrn Marx mag es persönlich sein, er hat in der Vergangenheit sich vergebene erworden, aber er setzte diesen Ruf auf das Spiel, er dem Drängen der rechtsgerichteten Kreise des Banns nachgab und sich bereit fand, an die Spitze dieser unglücklichen Verbindung zu treten. In der Entlohnung wermus die 16 Monate fehlen. Nichts ist schwerer als launische einzubolen. Von der Vergangenheit ab werber der Blick der Gegenwart zu. Noch sind die Verblungen über die neue Regierung nicht abgeschlossen. Schwierigkeiten häufen sich. Trotzdem darf man die Zukunft nicht dengehen, daß wir spätestens bei Beginn der hohen Woche eine Regierung auf der Basis der Großen bilden werden. Es ist Dauer befrist, hängt von der Gesundheit Herrmann Müllers ab, der nun zum zweiten die Kanzlerposten übernimmt.

**Vorfragen**  
Die Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten für die Ministerposten dürfte im weitestesten getroffen sein. Wir treten nach wie vor die Ansicht, daß es allein dem Reichstag überlassen bleiben muß, sich seine Mitarbeiter auszuwählen. Im weitestesten scheint er auch die gleiche Ansicht vertreten zu haben. Doch er dabei hier und da Zugeständnisse machen muß, liegt im parlamentarischen System ein. Da jedes Mitglied des Kabinetts zugleich Verwesamter seiner Partei sein soll. Nur das Reichstagsmitglied der Mehrheit halten wir für einen strebschaden, der nicht werden muß. Die Personennamen haben aber mal glücklicherweise keine entscheidende Rolle gespielt, es ist es voranschreitend nicht gehen wird, im ersten Anlauf das Kabinett zustande zu bringen, so liegt das in der Natur der Meinungsvergleichsbehörden. Die Deutsche Volkspartei wird die Umwandlung des Preussischen Kabinetts, in das wieder eintritten möchte, nachdem sie vor drei Jahren einen zwingenden Grund ihre Minister zurückgezogen. An der Vereinigung, ihnen die Tür zu öffnen, besteht der Meiste des Ministerpräsidenten Braun kein Zweifel. Der Zeitpunkt ist kritisch. Es ist im Grunde genommen ein Vertrauensfrage. Bedenktlicher wegen die Forderungen Zentrum, das vorher eine Einigung über Wahlrecht und Schulgesetzgebung herbeizuführen will. Soweit sich um die Wahlreform handelt, stehen wir vollkommen seiner Seite. Auch wir glauben, daß darin endlich etwas gefehlt muß. Anders liegen die Dinge bei der Regelung der Schule. Zu einem Kompromiß werden alle Akteure nicht sein, schon, um nicht neuen Boden zu erschließen, das Kompromiß muß den Grundgedanken der Reichsregierung entsprechen und darf nicht einseitig die religiöse Seite auf Kosten der Simultanschulen bevorzugen. Das Reichstagsmitglied die das Verlangen der bayerischen Volkspartei, Länderhoheit gegen Eingriffe der Reichsregierung zu sichern. In einem neuen Aufbruch des Fortschrittsismus können wir entschlossen den Beitritt der bayerischen Volkspartei zur Großen Koalition nicht begreifen. Wir sind in dieser Hinsicht aber argwohnig, weil in München selbst die Verhandlungen zwischen der bayerischen Volkspartei und den Sozialdemokraten über ein gemeinsames Vorgehen schon jetzt sind, daß die Gewissen nur sehr lauen Widerstand gegen die Vertiefung der Reichsregierung leisten.

**Herrmann Müller**  
In den aufstrebenden Tagen der Weimarer Nationalversammlung hat Herrmann Müller zum ersten Male den Kanzlerposten übernommen, als es Scheitern absehend, den Kaiser Friedensvertrag zu unterzeichnen. Zwei Jähre hat er ein schweres persönliches Opfer gebracht, als er sich dieser unterzeichnet befand. Man denkt heute vielfach über einen Schritt als damals, wo man nur die ungewissen Bindungen vor Augen hatte, die uns von Entente gestellt wurden. Noch schmerzen die Wunden, uns geschlagen worden. Wir haben weder Dank noch Korridor, weder Obergeleihen noch das Schicksal der Waise vergessen. Aber wir haben inzwischen erkannt, daß es nur eine friedliche und zügellose Außenpolitik die heute zu nichts zu bringen, aber doch zu lösen geeignet ist, der wir uns heute abgeben, daß sie auf diesem Wege erfolgreich weiter fortgeschritten werden. Wenn von deutsch-nationalen die Herrmann Müller wegen seiner Tat mit Bewunderung

überhäuft wird, so ist das genau so richtig, wie alles, was von dieser Seite geschieht. Ueberdies hat man sich damals verpflichtet, die Zustimmung jedes Einzelnen anzuerkennen. Da sie nach diesem Wissen und Gewissen erfolgte. Die Angriffe auf ihn sind daher nicht nur unberechtigt, sondern auch ein Verbrechen. Insbesondere hat Herrmann Müller als Führer der größten deutschen Partei seine Erfahrungen gemacht. Er ist stets für eine gemeinsame Arbeit mit der bürgerlichen Mitte eingetreten, hat die Große Koalition unter Stresemann mit ihm führen lassen, ist aber leider in den letzten Jahren vielfach in der eigenen Fraktion überstimmt worden. Nun sieht er zum zweiten Male in die Wilhelmstraße ein. Er befragt, soweit das überhaupt bei dem Ansehen einer anderen Partei der Fall sein kann, unser Vertrauen, und wir können nur hoffen, daß es ihm gelingt, nicht nur die Regierung zu bilden, sondern auch im Amt zu erhalten, damit die Konsolidierung des Reiches, die zu Verheißungswoll eingeleitet hat und nur durch das bisherige Kabinett unterbrochen wurde, weiter fortgeschreitet.

**Der kommunistische Vizepräsident**  
Der Preussische Landtag hat zum ersten Mal seit seinem Bestehen einen kommunistischen Vizepräsidenten erhalten. Herr Scheuweit wurde gewählt, übrigens mit Stimmhaltung der gesamten Mehrheit, die seine Ernennung hätte verhindern können, nachdem er bindende Zusicherung gegeben hatte, daß er die Geschäftsordnung gewissenhaft wahrnehmen würde. Man konnte seine ersten Amtstätigkeiten mit einiger Spannung entgegen sehen. Sie ist über Erwartetes gut ausgefallen. Ein Vorkämpfer, den man nicht ernstlich loben nicht, führte einige Kämpfe an und wurde dafür von Scheuweit zur Erhebung gerufen. Sogar die Androhung härterer Strafen, als des Anstiftens zeigte nicht. Es wäch der Meinung mit seinen größeren Freunden. Man wird sich im Reichstag die gleiche Vorgang wiederholen. Auch dort ist die kommunistische Fraktion härter als die der Deutschen Volkspartei und erweist ihren Anspruch. Dr. Meißner, der bisher dieses Amt inne hatte, ist wegen hohen Alters aus dem politischen Leben ausgeschieden. So sitzt es sich unangenehm. Trotzdem behaupten wir, daß es dahin kommen mußte, denn darin spiegelt sich der Niedergang der bürgerlichen Mitte. Es wird ja auch bei den großen Auseinandersetzungen in der Vergangenheit treten. Der Meißner der deutschen Volkspartei nimmt erst nach dem Kommunismus das Wort und der demokratische Sprecher erscheint ziemlich spät auf der Tribüne. Wenn es der Wirtschaftspartei gelingt, noch mit irgendeiner Splittergruppe in Arbeitsgemeinschaft zu kommen, so haben wir sogar die erst abzuwarten. Schön ist das nicht.

**Jaleski in Paris**  
Man muß das Treiben des polnischen Außenministers immer mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Auch wenn er gelegentlich von seinem Verhandlungswilligen Deutschland gegenüber spricht, ist seine Einstellung doch sehr deutsch-feindlich. Seine Unterredung mit Briand ist auch reichlich unerfreulich gewesen. Sie hatte neben dem polnisch-französischen Konflikt die Frage der Rheinlandräumung zum Gegenstand. Was er dabei erzieht, ist eine Sabotage schimmlichen Ranges. Gewiß, die Räumung selbst kann er nicht verhindern, denn sie ist in den Bestimmungen des Versailler Vertrages festgelegt. Darüber hinaus sind uns in Locarno Zusicherungen gemacht worden, deren Erfüllung allerdings erst zum kleinsten Teile erfolgt. Wir haben hier einen Westfront, auf den wir rechnen. Herr Jaleski aber will die Ausführung der Versprechungen von einem neuen Et-Locarno abhängig machen. Die von ihm aufgestellte Gleichung, Briand gleich Meinen, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Was im Westen geschieht, ist lediglich Sache der dort beteiligten Mächte. Polen gehört nicht zu ihnen, und es ist eine Einmischung, die wir uns verbitten müssen, wenn er nun verückt, seinen Willen auf dem Umwege über Frankreich durchzusetzen. Er gefährdet damit lediglich die Verständigung, die angeblich durchaus in seinem Sinne ist. In Wirklichkeit ist er ihr Gegner. Das läßt merkt uns aber nicht. Das Schicksal Europas beruht nicht auf dem Wohlgefallen Polens, ohne das es ja auch einmal gegangen ist. Der einzige Erfolg, den er erzielen kann, ist die Verzögerung einer im Interesse aller Nationen gelegenen Vereinigung der zwischen Deutschland und Frankreich stehenden Fragen. Man wird sich in Paris hoffentlich darüber klar sein, daß man das Pand der Rheinlandbesetzung durch jede Sanktionsgebung der Räumung entwertet. Am 10. Januar 1930 muß die Redline Zone frei werden. Daran kann nicht gerüttelt werden. Verzichtet man sich auf die große Welt, fällt sie keine Tropfen zurück zu ziehen, so darf es sich nicht widerstreben, wenn man in Berlin dann alles der Zeit anheimstellt und sich zu feinen neuen Opfern, auch nicht zu finanziellen, bereit findet.

**Der Bericht Gilberts**  
Der sogenannte Finanzbericht, den der Generalagent für die Reparationen erstattet hat, ist bei aller Vorliebe im Ton, sichtlich doch recht sachlich. Er enthält kritischen aber kritischen. Zunächst an dem abnehmenden Beschick des bisherigen Kabinetts gegenüber der von der Reichsregierung geforderten Lasterhöhung. Auch an der Reichsbank selbst, von der er keinen umfassenden Finanzplan fordern würde, wenn er nicht gegen ihr bisheriges Verhalten Bedenken hätte. Auch bei dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern steht er wieder ein. Er verlangt eine endgültige und vernünftige Regelung. Bedauerlich, daß uns das ein Fremder sagen muß, dessen Wort besonders weithin wirkt, da er ja im Auftrage unserer Gläubiger gleichsam die Aufsicht über unsere Finanzgebarung führt. Sachlich ist er dabei im Recht. Wir selbst haben immer wieder diesen Finanzausgleich gefordert, aber im Sinne Reinholds, nicht Dr. Schäfers. Ganz einverstanden sind wir mit seiner Schlußfolgerung, daß es nun an der Zeit wäre, die Entdämmung unserer Verpflichtungen festzulegen. Als guter Kenner seines Vaterlandes legt er dabei den entscheidenden Ton auf die Unflexibilität, die solange am Geldmarkt herrschen wird, und uns an der Aufnahme von Auslandsanleihen verhindert, als diese Regelung nicht erfolgt ist. Ueber die Summe selbst sagt er natürlich nichts. Wir aber möchten hinzufügen, daß jede bisher genannte Zahl viel zu hoch ist. Die deutsche Wirtschaft kann den jetzigen Steuerdruck nicht ertragen, der aber nun dann gemildert werden möchte, wenn Verzinsung und Tilgung der 2,5 Milliarden erheblich unter der jetzigen Jahresleistung von 250 Millionen liegt. Weiter Gilbert hat nicht ohne Grund darauf verwiesen, daß es nicht angehe, wenn die Wirtschaft die Lohnleistungen auf die Preise abwälze. Das ist sicher richtig. Es muß an den Unkosten gespart werden. Eine Vereinerung führt nur zur Verschlechterung des Inlandsmarktes und schaltet uns möglicherweise auf dem Auslandsmarkt völlig aus. Aber diese Unkosten können erst dann nennenswert herabgemindert werden, wenn nicht die Steuern einen großen Teil des Verdienstes auffangen.

**Erkenntnis in Moskau**  
Die „Arbuda“, das offizielle Organ der russischen beherrschenden Partei bringt einen kommunistischen Aufsatz, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Bittere Klage wird über die Bürokratie geführt, die den Staat völlig zugrunde richtet. Die Vorwürfe gegen die Beamten lassen sich an Schärfe nicht mehr überbieten. Es gibt kein Verbrechen, das ihnen nicht nachgelegt wird. Sachlich überbracht es nicht, denn wenn die Bürokratie schon in parlamentarisch regierten Ländern sehr leicht verhängnisvoll werden kann, so ist ihr im Zeichen der Diktatur zu jedem Mißbrauch geöffnet. Immerhin überraschend, daß diese Erkenntnis nun auch ausgeproben wird. Ueberberraschend aber noch, daß man das hell allein von der Demokratie erwartet, denn das ist der ausgeproben Sinn des Auftrages. Unsere Staatsanwälter werden ihn nicht mit Vergnügen gelesen haben.

### Bayerns Wahlgesetz und die Wirtschaftspartei

Das kommt davon!

Der „Bayerische Kurier“ schreibt folgendes: „Gegen“ die schwarzrote bayerische Bergverwaltungspolitik. Unter diesen und ähnlichen Kräftsprüchen läßt die Reichsregierung des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) einen Protest ins Land, dagegen, daß die Partei für den Bayerischen Landtag kein Mandat ertingen konnte, trotzdem sie über 100 000 Stimmen auf sich vereinigte. Aber, liebe Leute, warum denn so groß! Maßgebend ist das bayerische Landeswahlgesetz, wie es vom Landtag in der Vollziehung vom 7. Juni 1925 beschlossen wurde. Unter den damaligen Ja-Sagern also Zustimmung zu der angeblichen Bergverwaltungspolitik befand sich nämlich auch die hochnobilitäre Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, also dieselbe Wirtschaftspartei, die heute so glückseligvollene Proteste losläßt. Der stenographische Sitzungsbericht (Seite 337, Spalte 1) enthält nämlich in der Liste der zumündenden Abgeordneten unter Nr. 48 den Namen des Abgeordneten Mauerer, der bisher als einziger Vertreter der Wirtschaftspartei dem Landtag angehört hatte. Aber nur freilich darauf los...“  
Man sieht, die Wirtschaftspartei muß zu allem Schanden auch noch den Spott der Partei ernten, die dieses unfinnige aller Wahlgesetze geschaffen hat.

# Mehr Anliegerfeldung!

Von Rudolf Rankisch.

Die Ergebnisse der Nachkriegsiedlung sind alles andere als zufriedenstellend. Bei der Kritik der Siedlungsmethoden hat man sich aber vielfach zu sehr mit der Neu-Siedlung beschäftigt und darüber die anderen durch das Siedlungsgebot zugelassenen Siedlungsformen der Anliegerfeldung und auch der Landarbeiterfeldung außer Acht gelassen. Die Schaffung neuer Bauernhöfe hat, namentlich im Osten des Reiches, allergrößte Bedeutung. Jeder Siedlungsfreund wird nur mit aufrichtigem Bedauern das unzulängliche Ergebnis der Neu-Siedlung betrachten, die mit fädelig durchschnittlich achthundert neuen Stellen noch hinter dem Meißtat der Vorkriegszeit mit durchschnittlich 1000 neuen Stellen im Jahre zurückbleibt. Dieses auf der Schwierigkeit der Finanzierung, in dem Widerstand des landabgabepflichtigen Großgrundbesitzes und in der Siedlungsfeindlichkeit der Bürokratie der Kulturbehörden beruhende Ergebnis hätte, so sollte man meinen, mit zwingender Notwendigkeit zu dem Schluß führen sollen, die ohne großen Kapitalaufwand durchführbare Form der Anliegerfeldung, die die schon bestehenden landwirtschaftlichen Kleinbetriebe auf die Größe der selbständigen Adernahrung bringen soll, nachdrücklich zu betreiben. Doch auch hier ist das Ergebnis überaus mager. Die amtliche Siedlungsstatistik, die die Zeit von 1919 bis 1925 umfaßt, gibt die Zahl der in diesen Jahren von den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften vermittelten Fälle der Landübertragung zu Eigentum im Wege der Anliegerfeldung auf knapp 45 000 mit einer Gesamtfläche von rund 52 300 Hektar an. In diese Zahl sind rund 27 000 Fälle eingeschlossen, in denen die Landzulagen unter 1 Hektar betragen; es ist daher nicht einmal sehr überraschend, wenn in einer wissenschaftlichen Untersuchung festgestellt wurde, daß bis Ende 1924 nur 3,4 Proz. aller mit Landzulagen im Wege der Anliegerfeldung bedachten Betriebe auf die Größe der selbständigen Adernahrung gebracht worden sind.

Die Ursachen für dieses Verjagen sind teilweise dieselben wie bei der Neu-Siedlung; viel Schuld tragen auch die Kulturbehörden, die engstirnig und bürokratisch an die Durchführung der Anliegerfeldung herangegangen sind. Eine andere Ursache des Übels liegt aber auch in dem zum Teil geradezu siedlungsfeindlichen Ausföhrungsbestimmungen des früheren sozialdemokratischen Landwirtschaftsministers Braun, in denen z. B. entgegen dem Wortlaut des Siedlungsgebotes die Zeitpunkt dem Erwerb zu Eigentum und der Pacht mit Kaufmanntschafft gleichgesetzt wurde. Schließlich fehlt es auch an allgemeinen Bestimmungen über eine gerechte Festsetzung der Größe der selbständigen Adernahrung, was in der Praxis in den einzelnen Verfahren zur Festlegung von Morgenzahlen für die Größe der selbständigen Adernahrung führte, die für einen Zweigbetrieb, aber niemals für eine Familienernahrung ausreichten waren. Es hat an scharfer Kritik gegenüber diesen Zuständen nicht gefehlt und gerade von demokratischer Seite ist immer wieder auf die Notwendigkeit einer Reform der Methoden der Anliegerfeldung hingewiesen worden. Leider gußstümmel vergeblich. Der sogenannte Weidmannsartikel des früheren Landwirtschaftsministers Dr. Wendorf Ende 1923 brachte zwar einige Erleichterung, änderte aber an dem System nichts. So waren auch in der Folgezeit im Preussischen Landtag trotz vielfacher demokratischer Vorstöße Reformen auf diesem wichtigen Gebiete nicht zu erreichen. Die kümmerlichen Zahlen der Anliegerfeldung sind die Dittung dafür.

Umso erfreulicher ist es, daß jetzt zwar spät, aber doch nicht zu spät, seitens des Preussischen Landwirtschaftsministeriums Schritte getan werden, die vernünftigen Normen der Anliegerfeldung und auch der Landarbeiterfeldung ihrer Bedeutung entsprechend zu behandeln. So gibt ein neuerlicher Erlass des Preussischen Landwirtschaftsministers die Möglichkeit einer Wiederaufnahme von Anliegerfeldungsverfahren, wenn in den abgelaufenen Verfahren die berechtigten Ansprüche der Anliegerfeldung nicht erfüllt sind. Weiter sind in dem Erlass die Kulturbehörden angewiesen, bei Aufteilung eines Gutes zu Zwecken der Neu-Siedlung auch die Anliegerfeldung zu berücksichtigen, und ferner sollen zukünftig auch landwirtschaftliche Handwerker mit geringem Landbesitz, die durch veränderte wirtschaftliche Verhältnisse zu einer Umstellung gezwungen sind, durch Landteilung bis auf die Größe einer selbständigen Adernahrung gebracht werden, besonders dann, wenn in der Landwirtschaft erfahrene arbeitsfähige Söhne vorhanden sind, die durch Vergrößerung des Kleinbetriebes auf dem Lande festgehalten werden können. Durch derartige Maßnahmen wird in der Tat der Landflucht am zweckmäßigsten vorgebeugt. Daneben will die Preussische Regierung die Siedlung für Landarbeiter sowie die Anlage gärtnerischer Stellen besonders pflegen. Auf Grund neuer Richtlinien über die Verwendung von Reichsmitteln zur Ansiedlung von Landarbeitern, denen der Reichstag zugestimmt hat, werden für eine Landarbeiterfeldung von vier bis acht Morgen jährlich etwa 220 bis 250 Reichsmark zu zahlen sein und zur weiteren Förderung dieser Siedlung sollen die Landkreise gegebenenfalls unter Beteiligung der provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaften herangezogen werden.

Obne die Wirkung dieser Maßnahmen zu überschätzen, — viel kommt hierbei auf den Geist der Organe an, die die Siedlung praktisch durchführen — muß man sich der Tatsache freuen, daß in der Preussischen Regierung offenbar der Wille vorhanden ist, Verfassungen auf diesem Gebiete wieder anzuschließen. Der erste Schritt nach allgültiger Pause ist getan. Weitere müssen folgen. Die Preussische Regierung darf dabei auf die freundliche Zustimmung der großen Zahl aller bereit rechnen, die in einer großzügigen Siedlungsreform eine Lebensnotwendigkeit für unser Volk sehen.

# Der Wahlausgang

## 1. Gründe

Von Reichsminister a. D. Koch-Weser, Vorsitzender der DDP.

Zeit dem unglücklichen Ausfall der Reichstagswahlen sind drei Wochen verfloßen, die allen Verantwortlichen dazu dienen mußten, aufmerksam und leidenschaftlos auf die Kritik zu hören, die sich an diesen Wahlausgang anschloß. Für denjenigen, der aus begangenen Fehlern lernen möchte, ist es beinahe bedauerlich, daß die Kritik fast überhaupt keine Fehler der Partei aufgezeigt hat, die durch Milderung programmatiscber, pratiscber oder persönlicher Art beigeigt werden könnte.

Vielmehr ist fast durchweg anerkannt, daß die Fraktionen der Partei seit den letzten Wahlen gut gearbeitet und trotz der verhältnismäßig geringen Zahl ihrer Mitglieder erhebliche Erfolge erzielt haben. Es ist auch anerkannt, daß auf die großen Ziele der Partei, wie die europäische Verständigung, den dezentralisierten Einheitsstaat, die Wahlreform, die Handelsvertragspolitik, den Steuerabau, die Schlingengebuhung und die Wiedereingumachung der Krieger- und Invalidenforderungen mit Klarheit hingewiesen und mit Entschlossenheit hingearbeitet worden ist. Es ist endlich auch gemühdigt worden, daß die Reichstagsfraktion, über deren Uneinigkeit früher viel gesagt wurde, in der letzten Reichstagsperiode, von ein oder zwei Fällen abgesehen, in vollster Geschlossenheit und mit harter Stoukraft gehandelt hat.

Auch die Vorbereitung der Wahl hat kaum zu Kritik Anlaß gegeben. Die ausgezeichnete propagandistische Tätig-

keiten Partei hervorzuheben — was manchmal nicht ohne notwendig wäre — sondern habe verführt, dem vernünftigen Außenminister den Rücken zu kehren, auch in ein anderes Verfahren parteipolitisch schauer gewesen wäre. Ich belege mich nur darüber, daß ich im Wahlkampf leiter der Deutschen Volkspartei die Möglichkeit einer außerparlamentarischen Einstellung fast nirgends anerkannt worden ist. Daher man fast immer gegen eine Zerküpfung zu kämpfen hat, die darin geht, als ob erst durch Herrn Stresemann der innewohnende Geistiges der Demokraten an Sozialdemokraten auf eine vernünftige Linie gebracht worden sei. Nicht viel anders war es mit dem Verhältnis zu Sozialdemokratischen Partei. Ich habe bereits vor Monate darauf hingewiesen, daß es falsch sei, die sozialdemokratischen Siege als unsere Siege zu feiern. Aber auch während des Wahlkampfes mochte mancher sozialdemokratischer Blätter glauben, daß es für denjenigen, der kapitalistisch interessiert sei, wohl mindestens ebenso vorteilhaft sei, im Interesse der deutschen Republik sozialdemokratisch zu wählen, als demokratisch. Demgegenüber sind unter den Parteien der großen Koalition bereits in den letzten Wochen der Parteiführung die sozialdemokratischen Forderungen verfallen, die zur großen Koalition bereits in sozialdemokratischer Richtung die Knie des Reichstages nicht zu spucken werden zu lassen, und nicht zu vergessen, daß gegenüber einer einheitlichen und radikalen Politik der Sozialdemokratischen Partei nicht ausbleiben kann. Es höre in gewissen Kreisen geradezu zum guten Ton und als als Beweis tüchtiger politischer Auffassung, seine Parteipolitik nicht durch solches nachzuweisen, daß man sozialdemokratisch wähle. Da gleichzeitig auf die großen Gebiete, die uns auf kulturellem Gebiet vom Zentrum trennen in der Presse vielfach nicht hinreichend herausgearbeitet worden sind, hat die Parteileitung mit ihrer ungeschicklichen Handlungsweise nicht überall durch.

Die hauptsächlichsten Ursachen an dem Niedergang demokratischer Stimmen liegen aber in viel allgemeinen Umständen. Die Zahl der Wähler, die durch ihren Stimmentzettel ihre vernünftlichen Wirtschaftersinteressen schälen o fördern wollen, wächst immer mehr gegenüber demjenigen die bei ihrer Abstimmung das allgemeine Staatsinteresse im Auge haben. Sieger in diesem Wahlkampf sind deswegen durchweg die Massenparteien gewesen. Aus dem Stimm die für Agrarier, Mittelständler und Rentnerparteien abgeben sind, erklärt sich der Niedergang derjenigen Partei, die man heute als Weltanschauungsparteien zu bezeichnen pflegt. Auch die Deutschnationalen sind wohl in dem Stimm aus denjenigen Schichten verdrängt worden, deren Interessen zu vertreten sie sich keine Mühe gegeben haben, auch wohl mit Rücksicht auf das Gros ihrer Wähler die Möglichkeit hatten. Aus dem Lande aber haben ihnen staatspolitischen Fehler fast keinen Vorwurf getan, weil die Wähler schon seit langem vor dem Kriege sich zu Aufregung haben verleiten lassen, als ob die konservative Partei ein Schiller ihrer Interessen seien. Ebenso ist die waschs der Sozialdemokratischen Partei ganz gewiß nicht eine Folge ihrer guten staatspolitisch — ich erinnere mich ihrer zweimaligen Verjagen in der Frage der Großen Kommission — sondern einfach eine Folge des Umlandes, wobei Schichten ohne Kapital und ohne besonders ausgezeichnete Eigenschaften in der Sozialdemokratischen Partei den besten Vertreter ihrer Interessen zu sehen glaubten. Aber — Hand aufs Herz — auch in den anderen Weltanschauungsparteien spielen für die Gewinnung der Wähler Interessen eine von Wahl zu Wahl gegenüber den großen Staatsfragen wachsende Rolle. Jeder von uns weiß er nach großen und schmerzhaft verlaufenen Beratungen Deputierten zu empfangen und zu seiner Seite die ihre Stimmabgabe von der Anerkennung der Mittelschichten abhängig machen. Wenn die Deutsche Demokratie ihre Stimmabgabe von der Anerkennung der Mittelschichten abhängig machen. Wenn die Deutsche Demokratie ihre Stimmabgabe von der Anerkennung der Mittelschichten abhängig machen. Wenn die Deutsche Demokratie ihre Stimmabgabe von der Anerkennung der Mittelschichten abhängig machen.

## Wie man zu Mandaten kommt!

### Ein eigenartiges Beispiel.

Im dem Beispiel des auf der „Sächsischen Landtag“ gewählten Abgeordneten Dr. Philipp-Vorna erklärt man, daß es sich hierbei um ein eigenartiges Beispiel handelt. Dr. Philipp war vor der letzten Reichstagswahl dem Reichstag als Reichstagsabgeordneter für Belgien gewählt, die Wahl war er Vertreter des „Sächsischen Volkes“, das für alle drei sächsischen Wahlkreise eine gemeinsame Liste mit seinem Namen herausgab, nach Wahlen geht eben dieser Abgeordnete Dr. Philipp nun dem Reichstagsabgeordneten, von dem er und das „Sächsische Landvolk“ ist begeben!

Voricht ist eine notwendige Tugend für den Wahlgang. Mit der neuen Stima daß der Herr Abgeordnete geschafft, was unter der alten nicht erreicht zu werden drohte. Was aber sagt das sächsische Landvolk dazu, gemerzt, das ohne Anführungsstriche?

Ohne

Opfer

geht

es

nicht

Zahl pünktlich die geringen

Parteibeiträge

feit der Hauptgeschäftsstelle ist mir auf meinen Wahlreisen fast von allen Wahlorganisationen geprüfert worden. Die technische Beforderung der Wahlreise war gut organisiert. Die Kreise ist überall, wo sie sich in den Dienst der Sache zu stellen bereit war, anerkent und benutzt worden. Auch die Ausnahme der Kandidaten ist im großen und ganzen mit glücklicher Hand erfolgt. Man kann vielleicht mit Recht sagen, daß an vielen Stellen mehr Prominente und bewährte Führer aufgestellt worden sind, als es für die gewöhnliche Arbeit der Fraktion und für die Führung mit allen Schichten der Bevölkerung dienlich sein mag. Aber die Größe der Wahlreise hat es vielfach verhindert, daß sich neue Männer durchsetzen konnten, weil es einem politisch noch nicht in Deutschland durchgedrungenen Mann fast unmöglich ist, die Stimmen dieser großen Kreise auf sich zu vereinigen. Die Bemühungen des Parteivorstandes auf Heranziehung frischer Kräfte sind trotzdem in größtenteils Umfang gegliedert als bei anderen Parteien. Auf der anderen Seite wirkt bei dem übertriebenen jogenannter Prominenten umso eigenartiger, wenn in Berlin gewisse Kreise an der Aufstellung eines in wirtschaftlichen Fragen des Mittelstandes gut bewährten Handwertermisters an zweiter Stelle Kritik geübt haben. Nicht aus propagandistischen Gründen, sondern auch aus Interesse an der Geschlossenheit innerhalb der Fraktion bedarf es einer Führung, und wenn irgendwo, so kann eine solche am besten da erzielt werden, wo man mit der Möglichkeit, zwei Kandidaten durchzuführen, rechnet. Hier handelt es sich nicht um eine Frage auf Sonderinteressen, sondern um die Beförderung eines Zustandes, der allein eine Solidarität des ganzen Volkes genährleistet. Es ist tief bedauerlich, wenn es Schichten gibt, die daran Anstoß nehmen und aus diesem Anlaß lieber die sozialdemokratische Liste wählen, ohne dort überhaupt danach zu fragen, wer der Mann am liebsten oder schiebter Stelle ist, den sie durch ihre Stimme durchzuführen wollen.

Forcht man nach den Ursachen des Niedergangs, so gibt es zunächst gewiss eine Reihe sekundärer Gründe. Dahin gehört, daß der Wähler heute noch nicht aus den Anschauungen des Ehrgeizstreiches heraus ist und vielfach glaubt, seine Unzulriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen durch Stimmabgabe für eine möglichst radikale Partei zum Ausdruck bringen zu müssen. Man will es „der“ Regierung zeigen, als ob sie eine feststehende Größe sei, die man durch Radikalismus verändern könne, und sieht nicht, daß es die Aufgabe der Stimmabgabe ist, die Bildung einer Regierung, die den eigenen Anschauungen wenigstens teilweise nahesteht, zu ermöglichen. Nur hieraus erflärt sich das stuppellose Hin- und Herbewandern vieler Wählerkategorien von den linksradikalen zu den rechtsradikalen und jetzt wieder zu den Unstabilen zurück.

Zweifellos ist auch die tatliche Situation in diesem Wahlkampf für die Deutschnationalen Partei besonders ungünstig gewesen. Der Wahlkampf ist eigentlich nach allen Seiten hin gedämpft geführt worden. Die hervorragenden Verdienste Stresemanns um die deutsche Außenpolitik sind in einer Presse derartig gemühdigt worden, wie in der demokratischen Presse. Auch ich habe es im Interesse einer einheitlichen Außenpolitik niemals für richtig gehalten, zu verüben, irgendwelche Klammern zwischen der Stresemannschen Politik und der der Deutschen Demokratischen

**Kultusminister Bazille**

**Die neue Reichsregierung in Württemberg.**

Der württembergische Landtag hat die neue Regierung abgelehnt, und das Ergebnis dieser Wahl ist, wenn auch mit einer Besserung der Verhältnisse, die Wiederkehr des Reichstages. Es hat nicht an nachdrücklichen Bemühungen gefehlt, aus dem Wahlergebnis die soжелike Konsequenzen zu ziehen und in Württemberg die große Koalition zu stiften, aber diese Vorschläge sind an der Haltung der Reichsregierung gescheitert. Am liebsten hätte sich die Große Koalition die demokratische Partei eingeworfen, die Sozialdemokraten, denen die Weimarer Koalition ebenfalls ergeben, waren gleichwohl grundsätzlich auch dem breiteren Zusammenhange bereit, und die Deutsche Partei hat sich dafür gehalten, daß der Kurs der Regierung in der Zukunft nach einer Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien umschief, hatte sich zugleich an unmissverständlich gegen den Kurs Bazille ausgesprochen. Den Anstoß gab die Haltung desentrums, das mit aller Unklarheit die Große Koalition ablehnte und auf die soziale Volkspartei stärksten Druck in der Richtung auf einen Rechtsblock ausübte. Dieser hat sich denn auch wieder ammengefallen, er hat den bisherigen Innenminister zum Staatspräsidenten gemacht, Bazille das Kultusministerium gelassen, den bisherigen Justizminister Becherle das Wirtschaftsministerium anvertraut und den Finanzminister Desinger in seinem Amt bestätigt. Die Opposition des Landtages ist trotz mit Misstrauensanträgen sowohl gegen das Gesamtkabinet als insbesondere gegen den Kultusminister Bazille in den Kampf getreten, und wenn auch die Ablehnung des ersten Antrages vorauszuversuchen war, so hat Herr Bazille seine Position nur dadurch retten können, er als Mitglied des Hauses sich selbst das Vertrauen häufte und damit die eine Stimme in die Waagschale warf, die die Annahme des Misstrauensantrages verhindern sollte. In der Unterstützung dieses Misstrauensantrages, offenbar schon in seiner Vorbereitung, hat die Deutsche Volkspartei seine Seite mit den Demokraten gehalten; die bisherige Sozialpolitik Bazilles hat ihm durch die Ablehnung des achten Schuljahres zwar bürgerliche Stimmen abgezogen, die der liberalen Parteien aber gegen ihn vermischt, und es ist anzunehmen, daß dieses nicht die letzte Kaputprobe war, der er sich unterziehen mußte. Der württembergische Landtag steht zweifellos vor harten Kämpfen.

**Die Ausschüsse**

**des Preussischen Landtages**

Die demokratische Landtagsfraktion hat die Vertretung der Fraktion in den Ausschüssen des Landtages festgelegt. Auf dieser Regelung wird folgende Besetzung der Ausschüsse folgen: **Hauptauschuß:** Fall, Stellvertreter Niebel; **Berufspolitisch-politischer Ausschuß:** Bönhoff, Stellvertreter Hartmann; **Landwirtschaftlich-politischer Ausschuß für Siedlungsfragen:** Schwan, Stellvertreter Waghorn; **Landwirtschaftlich-politischer Ausschuß für Handel und Gewerbe:** Goll, Stellvertreter Th. Behm; **Landwirtschaftlich-politischer Ausschuß für Gemeindefangelegenheiten:** Goll, Stellvertreter Schmitt; **Ausschuß für Arbeiterangelegenheiten:** Dr. Wagner, Stellvertreter Dier; **Wirtschaftlich-politischer Ausschuß für Erwerbsfragen:** Goll, Stellvertreter Hartmann; **Wirtschaftlich-politischer Ausschuß für Reichsangelegenheiten:** Merien, Stellvertreter Niebel; **Berufspolitisch-politischer Ausschuß für Berufspolitische Angelegenheiten:** Goll, Stellvertreter Niebel; **Landwirtschaftlich-politischer Ausschuß für Wohnungs-Heimstätten- und Kleinrentenfragen:** Goll, Stellvertreter Niebel; **Ausschuß für Fragen der Verbesserung:** Bönhoff, Stellvertreter Niebel; **Schiedlicher Ausschuß:** Fall, Stellvertreter Niebel; **Gewerbesteuer-Ausschuß:** Niebel, Stellvertreter Niebel; **Ausschuß für das Verwaltungswesen:** Niebel, Stellvertreter Goll; **Ausschuß zur Prüfung der Haushaltsrechnung:** Goll, Stellvertreter Goll; **Ausschuß zur Prüfung der Haushaltsrechnung:** Goll, Stellvertreter Goll. Außerdem ist die demokratische Fraktion vertreten in der **Gruppenüberprüfungs-Kommission** durch den Abgeordneten Hartmann, im **Parlamentarischen Ausschuss** durch den Abgeordneten Niebel, im **Ausschuß**, der die Fragen der Wissenschaft, Kunst und Kultusbildung behandelt, durch den Abgeordneten Bohner und im **Ausschuß** zur Verwendung der Hausmittel durch den Abgeordneten Hoff. Einige Ausschüsse sind bereits durch die Abgeordneten Hoff.

**Die abgelehnte Eisenbahntarifverhöhung**

Das Reichskabinett hat aus dem Zahlenmaterial der Reichsbahndirektion den einig möglichen Schluss gezogen, daß nämlich eine Tarifverhöhung von unangenehm bis möglich ist. Es hat mit dieser Ablehnung der Reichsregierung eine Erklärung der Regierung selbst schon gebührend konstatieren erlaubt. Selbstverständlich wird die Ablehnung des Beschlusses eine einseitige, die Verantwortung der Aufträge einzelner für die Erneuerung des Erneuerungswesen in Frage kommender Produktionsbereiche nicht zu ziehen, denn es ist anzunehmen, daß die Reichsbahn ihre Investitionsprogramme nur mehr auf das allernotwendigste Maß zurückzuführen. Im übrigen wird sie sich an den Kapitalmarkt wenden müssen. Die Reichsregierung hat deshalb Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium, dem Reichsbank und den Großbanken eingeleitet. Außerdem hat die Reichsregierung Vorschläge über die Tilgung der Reichsbahndarlehne gemacht, die nach dem Jahre 1964 noch zu tilgen sind. Diese und ähnliche bereits vorliegende Wege zur Entlastung der Finanzlage der Reichsbahn sind selbstverständlich von außerordentlicher Bedeutung, da sich über die Tatsache, daß die Reichsbahn im Augenblick in einer nicht ganz angenehmen finanziellen Lage steht, nicht streiten läßt. Nur muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß diese Dinge teilweise ein Ergebnis der Finanzpolitik der Reichsbahn selbst ist und daß es durchaus möglich erscheint, die Wirkungen dieser Finanzpolitik sogar ziemlich rasch rückgängig zu machen, indem die Reichsbahn ihre Reserven auflodert. Gerade weil — wie aus den bisherigen Vorbringen erkennbar — die Reichsbahn jederzeit auf berechnungsmäßige Unterstützung der gesamten Wirtschaft und des Reiches rechnen kann, hat sie es nicht nötig, Reserven über das notwendige Ausmaß hinaus zu halten. Sie bebar vor allen Dingen seiner sogenannten Katastrophensicherung. Daß die Reichsbahn auch den Weg zum ausländischen Kapitalmarkt finden muß und daß es unmöglich ist, wenn die Reparations-gläubiger auf der einen Seite die Reichsbahn von diesem Markt absperrten und so die Reparationspolitik erzwingen, während sie doch auf der anderen Seite schließlich ein Interesse an der vollkommendsten zweckmäßigen Verteilung des Produktionskapitals unter Wirtschaft haben, gibt der Anregung, in Verhandlungen mit der Reparationskommission wegen einer Auslandsmission der Reichsbahn einzutreten, einen Anspruch auf dringliche Berücksichtigung. Das Hauptziel muß bei allen diesen Erwägungen sein, die Reichsbahn nicht zu einer Zangsparatasse werden zu lassen, aber auch ihre dauernden Kapitalbrüche so zu befriedigen, daß der Kapitalmarkt direkt davon beeinflusst wird. Es würde immer die Gefahr einer falschen Beurteilung des Kapitalmarktes bestehen, wenn man ihm einen der wichtigsten Verwendungszwecke des vorhandenen oder neu gebildeten Kapitals vorenthalten würde.

**Ein unwürdiger Vertreter der Justiz**  
Mitglied des Reichstages Dr. Jachmann.

In dem Disziplinarverfahren gegen Professor Kaufmann führte der Vorsitzende, Senatspräsident Dr. Pfeiffer u. a. aus: Kaufmann hat sich nachgelesenermaßen des Mehrfachen des Gebrauches schuldig gemacht mit der Frau seines früheren Freundes Weizler. Während Weizler nun die Strafe vollzogen, eine Ehegerichtsverfahren einzuleiten, glaubte er Veranlassung zu haben, zunächst gegen Kaufmann Strafanzeige wegen Nötigung zu erstatten. Kaufmann wandte sich nämlich an gemeinsame Bekannte und erzählte denen, Weizler hätte ihm geradezu seine Frau angetan und sich damit der stuppel schuldig gemacht zugunsten der Ehefrau, worauf Jachmann liehe. Ferner hätte Weizler Steuerhinterziehungen begangen; wenn die bekannt würden, würde er wohl kein Depot- und Depositionsverfahren. Diese Bemerkungen Kaufmanns waren Weizler hinterbracht worden und lagen seinem Strafanklage wegen Nötigung zugrunde. Kaufmann beiriet in diesem Verfahren, gewollt zu haben, daß Weizler diese Mitteilungen hinterbracht würden oder gar beabsichtigt zu haben, Weizler dadurch von der Ehegerichtsverfahren abzuhalten. Das Disziplinarverfahren wurde am 30. Dezember 1936 eingeleitet. Es wurden die umfangreichen Akten dieses Verfahrens mit allen Vernehmungen versehen. Ein Zeuge, Major Schröder, der Mittlermann zwischen Kaufmann und Weizler, hat u. a. bekundet, daß Kaufmann aus Mitglied des Reichstages Jachmanns war, „wo er als Parlamentarier von sich reden mag“.

**Wänderparlament und Eigenständigkeit**  
Eine Debatte im badischen Landtag.

Bei dem Wändersammentritt des badischen Landtages gab es eine lebhaftige Aussprache über die Probleme des Einheitsstaates. Der Abgeordnete Dr. Wolfrum als Sprecher der Demokraten wies mit Recht darauf hin, daß die Demokraten bereits auf ihrem Hamburger Parteitag programmatisch den dezentralisierten Einheitsstaat gefordert hätten. Auch er wandte sich gegen die Gleichsetzung von Unitarismus und Zentralismus. Die Ländergesetze, die aus dynastischen Erwägungen entstanden seien, könnten nicht ewig so bleiben. Wirtschaftsrechtliche und verwaltungsmäßige Forderungen verlangen ihre Änderungen. Der Redner wies beispielsweise auf das Problem Hamburg-Altona und vor allem Mannheim-Ludwigshafen hin, wo drei Hafenämter nebeneinander arbeiten. Zu fordern sei ein einheitliches Zivil- und Verwaltungsrecht. Berechtigt sei der Ruf nach einer Reichsverordnung; ebenso rufen die Vereine nach einer Reichsdienstordnung. Das ganze Problem müsse löslich geprüft und das Reich vernünftig geliebert werden.

**Deutschnationale Offenbarungen**  
„Zweijährlich ist nicht nationale Wirt“.

Dem in Jüterburg erscheinenden deutschnationalen „Mitteldeutschen Tageblatt“ ist der Wahlschlag vom 20. Mai erheblich in die Knochen gefahren. Das Blatt hat eine Sonderbeilage „Der Arbeitnehmer“, in dem sich folgender Vermerk findet: „Wer national denkt, hat in erster Linie Anspruch darauf, von seiner Gewinnungsfreunden bevorzugt zu werden. Das gilt für alle Berufe und Erwerbszweige, die im nationalen Lager liegen. Die Steuerzahlung ist jetzt nicht Pflicht des nationalen Staatsbürgers. Mögen die Steuern bezahlen, die heute und in den nächsten Jahren reguliert werden.“ Aber auch sonst machen die deutschnationalen Arbeitnehmer aus ihrem Herzen keine Mörgegrube. Von den deutschnationalen Wählern wird gesagt: „Mit seinen Angehörigen und Arbeitern einmal die Bedeutung der Wahlen zu erhöhen wird für unter der eigenen Würde gehalten. Und hinterher wundert man sich über den Scherbenhaufen.“ Was waren in den Wahltagen die pensionierten Offiziere, um deren Pensionen es auch doch in diesem Wahlschlag geht? Bis auf wenig Ausnahmen haben sich Arbeitnehmer in den Dienst der Deutschnationalen am Wahltage gestellt. Das übrige Bürgerium gibt spazieren.

**Nationalsozialistische „Arbeiterpartei“**  
Wie die Arbeiter aussehen!

Das Verzeichnis der Mitglieder des Reichstages ist soeben erschienen. Danach befinden sich als „Arbeiter“ unter der Nationalsozialistischen „Arbeiter“-Partei: Ein Major a. D., ein Generalleutnant a. D., ein Oberamtmann, drei Schriftsteller, ein Apotheker, ein Lehrer und ein Landwirt.

**Ein sauberer Zeitgenosse**

Der ehemalige Landesgeschäftsführer der Deutschnationalen Partei Hannover, Eric Hensel, wurde nach dem „Beilmer Tageblatt“ vom großen Schöffengericht wegen Ermordung des Gedächtnisses des ermordeten Ministers Rathenau zu drei Monaten Gefängnis und ferner wegen Beschimpfung der Weimarer Republik zu zwei Jahren zu sechs Wochen Gefängnis, insgesamt zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Hensel hatte keine widerlegenden Beweismittel in verschiedenen öffentlichen Verfassungen ausgeprochen. Von Rathenau sagte er, es wäre gut, daß das Schwein tot sei, sonst hätte er ihm selbst das Messer in den Bauch gerammt und ihn mit dem Spaten begraben. Die politische Einstellung des Angeklagten wurde von dem Gericht als strafmildernd berücksichtigt. Der Inhalt hatte fernerzeit auch Minister Stresemann in der größtmöglichen Weise beschimpft.

**40 Jahre Wilhelm II**

In einer seltenen und zugleich mehrwürdigen Feier riefen am nach zuverlässigen Nachrichten in Doorn. Dort werden nämlich Vorbereitungen getroffen, um das 40jährige Regierungsjubiläum des früheren Kaisers festlich zu begehen. Die Feier soll am 15. Juni zur Erinnerung an den Regierungseintritt im Jahre 1888 abgehalten werden. Zu diesem Zweck werden sich auch der Kronprinz und eine Anzahl weiterer Mitglieder des kaiserlichen Hofstaates in Doorn einfinden. — Willern der Ereignisse mag Jubiläum feiern so viel er will, zu einem vierzigjährigen Regierungsjubiläum liegt aber doch wohl keinerlei Berücksichtigung vor, denn man verzicht doch hoffentlich in Doorn nicht, die letzten zehn Jahre in Abrechnung zu bringen.

**Politische Notizen**

**Ein Kommunist als Landtags-Vizepräsident.**  
Der kommunistische Abgeordnete Schwent ist mit 181 Stimmen zum Vizepräsidenten des Preussischen Landtages berufen worden. Was diesem Sitzmuttergenosse ist zu ersehen, daß Schwent im wesentlichen mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten sowie mit einem Teil der Zentrumstimmen ins Vizepräsidentium gelangt ist. Ein anderer Teil des Zentrums gab weisse Zettel ab. Auch die Demokraten haben sich auf Grund der Vorgänge, die sich im Landtag abgepielt haben, nicht entschließen können, einen Kommunisten als Vizepräsidenten des Preussischen Landtages zu wählen.

**Der Ausschuß für Verfassungsreform.**

Die Neubildung der Reichsregierung wird wesentliche Veränderungen in der Zusammenetzung des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform zur Folge haben, da die darin vertretenen Mitglieder der Reichsregierung ihm nicht als Verein, sondern kraft ihres Amtes angehören. Es handelt sich dabei um den Reichskanzler Marx als Vorsitzenden, um den Reichsinnenminister von Reubell, den Reichsfinanzminister Kühler. Auch der gegenwärtige Reichswirtschaftsminister und der Reichsstaatsminister sind als Reichsmitglieder in den Ausschuß berufen. Der württembergische Staatspräsident Bazille gehört u. a. ebenfalls vom amtswegen dem Ausschuß an, und er müßte falls er sein Amt verliert — aus dem Ausschuß austreten.

**Der Kurs der Bayerischen Volkspartei.**

Die Bayerische Volkspartei beginnt immer intensiver, die Öffentlichkeit darauf vorzubereiten, daß sie hinsichtlich der kommenden Koalitionsbildung nach keiner Richtung hin gebunden ist; daß sie also auch mit den Deutschnationalen gehen kann, aber nicht muß! Das mit diesen gemeinsame Ziel des Föderalismus bedeutet nach einem offenbar inspirierten Artikel des Bayerischen Kuriers nur eine taktische, nicht eine politisch grundsätzliche Gemeinschaft, und ergebe keineswegs eine koalitionspolitische Forderung. Unter Umständen könnte eine Koalition beider Parteien sogar dem sachlichen föderalistischen Ziele mehr schaden als nützen. Da die Deutschnationalen im Reich in die Opposition gehen müßten, hätten sie sogar ein Interesse daran, daß die unantastbaren Vorzüge ihrer Gegner einen gewissen Erfolg erlangten. Föderalistische Grundzüge nähmen ihr nicht die koalitionspolitische Freiheit und Unabhängigkeit. Mit anderen Worten: Wir können es auch einmal mit der Linken probieren!

**Das deutsche Volkshochschulwesen.**

Der neue Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen, der in der Mitgliederversammlung anlässlich des deutschen Volkshochschuljahres in Dresden gewählt wurde, setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender ist wie bisher der Leiter der Volkshochschule Thüringen, Dr. Buchwald in Jena. Dem engeren Vorstand gehören ferner an: Professor Dr. Hildebrandt vom Verein zur Förderung der Volkshochschulbildung in Stuttgart und Volkshochschuldirektor Dr. Mann von der Volkshochschule niederrheinischer Volkshochschulen. Außerdem sind folgende Verbände beteiligt, je ein Mitglied in den Vorstand zu entsenden: Verein Volkshochschule Sachsen, Verein christlicher Volkshochschulen, Volkshochschule Groß-Berlin und Volkshochschule Braunschweig.

**Ein Vorbild für „Wahnmüde“.**

Einer Bürgerin in Flawow (Grenzmark) wurde am Wahltag vormittags 3,30 Uhr ihr achtes Kind geboren. Das war nun an sich eine erfreuliche Sache und doch nicht nach dem Sinne der Mutter, die sich vorgenommen hatte, unbedingt wählen zu gehen. Tatsächlich erziehen sie auch sieben Stunden nach der Geburt im Büro und gab ihre Stimme ab.

\* **Ablesen von Reden verboten.** Der Reichstagspräsident hat die Entfernung des Rednerpultes von der Rednertribüne des Reichstages angeordnet, um den Reichstagsabgeordneten das Ablesen vorbereiteter Reden unmöglich zu machen. Er hofft, die parlamentarischen Debatten dadurch interessanter zu gestalten.



**Interessante Zahlen über die Verwendung der Hauszinssteuer.** Die Hauszinssteuer ist im Reich ganz verschieden. Nach der neuesten Aufstellung werden erhoben in Prozenten der Mietsumme in Preußen 48 (davon werden verbaut 26%), Bayern 45 (14), Sachsen 45 (25), Württemberg 39,75 (19,50), Baden 36 (20), Thüringen 40 (15), Hessen 47,25 (15,57), Hamburg 42 (22), Mecklenburg-Schwerin 41 (24), Eisenberg 34 (20), Braunschweig 39 (15,6), Anhalt 42 (22), Bremen 20 (20), Lippe-De-mold 35 (15), Lübeck 37,5 (19), Mecklenburg-Strelitz 48 (21%), Waldeck 40 (20), und Schaumburg-Lippe 40 (17). Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß von den größeren Ländern Preußen den relativ größten Teil der Hauszinssteuer für Neubauten verausgabt, während Bayern, Hessen, Thüringen usw. die Hauszinssteuer in erster Linie für allgemeine Verwaltungs-zwecke ausnutzen.

**Die Folgen der Vorkorperhebung.** Das Institut für Konjunkturforschung hat neue Mitteilungen über die deutschen Wirtschaftsauswirkungen veröffentlicht. Es ergibt sich eine außerordentlich hohe Konjunkturlage, vor allem weil die Kaufkraft sich weiterhin gehoben hat und sogar den bisher geringfügigen Zustand von Anfang 1926 überstiegen hat. Die Vereinigungen des Instituts zeigen, daß für die künftige Gestaltung der Konjunktur die Einkommenspolitik eine ausschlaggebende Rolle spielt. Wird Bemerkenswert ist allerdings, daß die Reichspost trotz Fortdauer der günstigen Konjunktur einen ausgesprochenen Rückgang im ersten Vierteljahr 1928 aufweisen muß — ein Zeichen dafür, wie ungenügend die Gehältererhöhung gewirkt hat und ein weiteres Zeichen dafür, daß mit Preisüberhöhungen sehr vorsichtig vorgegangen werden muß.

**Um die Regierungsbildung in Oldenburg.**

In Oldenburg fanden unerbittliche Besprechungen zwischen Vertretern der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten statt, die eine Aussprache über die Möglichkeiten künftiger Regierungsbildung in Oldenburg zum Ziele hatten. Die Besprechungen wurden fortgesetzt. Es zeigte sich, wie verläutelt, die Meinung des Zentrums, die große Koalition auch für Oldenburg zu empfehlen, es wurden aber auch andere Möglichkeiten erörtert. Man will die Lösung der Koalitionsfrage im Reich und in Preußen abwarten, die vielleicht nicht ohne Einfluß auf die Koalitionsbildung in Oldenburg sein wird. Ob der Gedanke der großen Koalition in Oldenburg, wo Deutschnationale und Volkspartei als unaufhebbares, reaktionäres Gebilde im Landes-blod zusammenhängen, irgendeinen Sinn hat, muß bezweifelt werden.

**Der Termin der preussischen Gemeindevahlen.**

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erzählt, sind die Meldungen über die Abhaltung der Gemeindevahlen am 28. Oktober z. Zs. als verfrüht zu bezeichnen. Innerhalb der Fraktionen der preussischen Regierungsparteier herrscht im allgemeinen vielmehr die Meinung vor, die Gemeindevahlen mit den Reichstags- und Provinzial-landtagswahlen gemeinsam Ende dieses Jahres zu veran-stalten.

**Parteinachrichten**

**Stresemann an Koch-Weser**

Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, richtete an den demokratischen Parteiführer Koch-Weser ein Schreiben, in dem es u. a. heißt:

„Für die freundschaftlichen Gläubigungen, die Sie namens der Deutschen Demokratischen Partei zu meinem 50. Geburts-tag die Freundlichkeit hatten, mir zu übermitteln, spreche ich Ihnen meinen herzlichsten Dank aus. Ich brauche Ihnen nicht zu verschleiern, daß ich mich über diesen Beweis freundschaftlicher Gefinnung besonders gefreut habe und gern der gemeinsamen Arbeit dabei gedacht habe, die mich mit Ihrer Partei in langen Jahren verbunden hat und, wie ich hoffe, auch in Zukunft verbunden wird.“

**Demokratische Ausschuss-Vorarbeiten.**

Die Demokratische Partei hat im Ausschuss für Gemeindevahlenangelegenheiten des Preussischen Landtages den Vor-

**Bezirk Halle**

Halle. Sonntag, den 17. Juni, vormittags 11 Uhr, tritt in Halle im Neumarkt-Schützenhaus der Gesamtvorstand des Bezirksverbands Halle-Merseburg zu einer Tagung zusammen. Aus der Tagesordnung sind die an erster Stelle stehenden Punkte „Bericht und Aussprache über das Wahlergebnis“ und „Neue Wege unserer Organisationsarbeit“ besonders hervorzuheben. Alle Kreisvereine und Ortsgruppen sowie besonders tätige Parteifreunde und der erweiterte Vorstand in Halle haben Einladungen erhalten.

Halle. Deutsche Demokratische Frauengruppe. Donnerstags, den 21. Juni, spricht im Nicolaus 8 1/2 Uhr Frau Margarete Schreiber-Müller über „Künftige Revolutionserwartungen von einst und jetzt.“ In unsere Mitglieder und auch auswärtige Freunde werden um rechtige Beteiligung gebeten.

Weißenfels. Die Ortsgruppe der D. D. P. veranstaltet am Sonntag, 17. Juni, im nahegelegenen Orte Weisking ein Sommer- und Kinderfest. Im Pro-gramm sind vorgeben Festansprache, Konzert und Belustigungen mamentlicher Art. Das Fest soll um 2 1/2 Uhr nachmittags im Waldhofsaal in Weisking beginnen und mit einem gemeinsamen Marsch mit Musik und Fackelzug nach Weißenfels schließen. Alle Mitglieder und Gesteunungsfreunde aus nah und fern sind hierzu eingeladen.

**Der Liberalismus im Sterben?**

Das Halleische sozialdemokratische „Volksblatt“ wirft in einem Leitartikel diese Frage auf und besagt sie mit Gründen, die deshalb festgehalten zu werden verdienen, weil sie dem liberalen Bürgerium deutlicher als alles andere es

erhalten. Den Vorwurf wird der Abgeordnete Abgeordneter Greßer-Barmen führen. Im Untersuchungsbericht des Demokraten der fideleste Vorwurf zu, den sie durch den Abgeordneten Dr. Vöhner nachtrifften werden.

**Das Hochwasser in Schlesien**

**Wünnenberg an den Reichstagsler**

Der demokratische Abgeordnete für Niederschlesien, Landrat Wünnenberg, hat an den Reichstagsler folgendes Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„In den letzten Tagen vor Küniglin in Schlesien wiederum von katastrophalen Unwettern heimgesucht worden, die erheblichen großen Schäden an Bauwerken, Weiden und Weiden verursacht haben. Ich habe eine bescheidene Hilfe auch seitens des Reiches durch sofortige Einleitung einer Notstandsaktion für dringend geboten. Fast dieselben schlesischen Kreise werden jetzt im dritten Jahre von solchen Unwettern betroffen, das führt zu einer Verwüstung und Hoffnungslosigkeit in den betroffenen Bevölkerungsteilen. Doppelt schnelle Hilfe durch Einleitung einer Notstandsaktion ist daher dringend geboten.

Aber nur dann wird eine dauernde Hilfe getroffen werden können, wenn endlich die Maßnahmen getroffen werden, die den dauernden Hochwassergefahren in Schlesien zu begegnen wissen. Insbesondere muß mit dem Ausbau der Hochwassererschuldbauen und der Aufsperrung, sowie der Regulierung schleunigst begonnen werden.“

**Kommunalsozialistische Tagung der Deutschen Demokratischen Partei.**

Der kommunalsozialistische Ausschuss der Deutschen Demokratischen Partei veranlaßt Mitte Juli in Köln eine kommunalsozialistische Tagung. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Vorbereitung der Ende Oktober vorzunehmenden preussischen Kommunalwahlen besprochen werden. Ferner sind Berater über die brennenden Fragen der städtischen Siedlung und des Wohnungsbauens vorgeben.

**Tanten verurteilt in Oldenburg.**

Der als demokratischer Reichstagsabgeordneter für Schleswig-Holstein gewählte frühere oldenburgische Ministerpräsident Tanten hat auf sein Landtagsmandat in Oldenburg verzichtet. Hauptlehrer Peter-Lutins folgt nach dem Bericht Tantens auf der Curtiusse als demokratischer Landtagsabgeordneter. Dadurch erhält die demokratische Fraktion einen Vertreter in Schulangelegenheiten, der in der letzten Landtagsperiode öfter vernimmt wurde.

**Beamtenfragen**

**Die Ausbildung der weiblichen Polizei.**

Die Ausbildung der weiblichen Polizei erfolgt nach einer Bestimmung des preussischen Innenministeriums im Frauenkriminalkommissariat beim Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main. Vor kurzem haben drei ausgebildete weibliche Kriminaloffiziere diese Ausbildungsstufe verlassen, um Kommissariate in Berlin, Leipzig und Breslau zu übernehmen. Inzwischen hat in Frankfurt bereits ein neuer Kursus zur Ausbildung von vier Kriminalinspektörinnnen begonnen.

**Die Revidenzpflicht der Beamten.**

Auf Grund einer Beamtenangelegenheit über die sogenannte Revidenzpflicht der Beamten hat der preussische Finanzminister Höpfer-Nachhoff mitgeteilt, daß er die grundsätzliche Berechtigung des Bürgers nach gesetzlicher Regelung der Bestimmungen über die Revidenzpflicht der Beamten anerkennt. Die Preussische Staatsregierung wird zunächst abwarten, ob nach Neubildung der Reichsregierung die Einbringung des Reichsbeamtengesetzes in Aussicht steht.

**Aus der Arbeit der demokratischen Reichstagsfraktion**

Das verfassungswidrige bayerische Wahlgesetz. Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich in ihrer Mittwoch-Sitzung u. a. auch mit dem verfassungswidrigen

bayerischen Wahlgesetz befaßt und beschlossen, eine Interpellation in dieser Angelegenheit einzubringen. Die ganz Überstimmigkeit dieses Gesetzes geht daraus hervor, daß es den Demokraten in Bayern gelang, einen Reichstagsler zu erobern. Der Abgeordnete Sparner wurde als dem Reichstagsler Vertreter für Bayern in den Reichstag entsandt während auf Grund des ungelieblichen Gesetzes die demokratische Landtagsfraktion im Bayerischen Landtag unter-treten blieb.

**Demokratische Forderung nach Wahlreform**

**Ein Antrag im Reichstag.**

Die demokratische Reichstagsfraktion hat die Einbringung des nachstehenden Antrages beschlossen:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung wird erlucht, mit größter Beilehnigkeit ein neues Reichs Wahlgesetz vorzulegen, in dem unter Weibehaltung des prinzipiellen der Verhältniswahl die öffentlichen Mängel beseitigt werden, die sich aus der bisherigen Umwandlung des Verhältniswahlrechts ergeben haben, und ein enger Verhältnis zwischen der Wählerzahl und den Abgeordneten ermöglicht wird.

Aufhebung der Futtermittelsteuere. Der demokratische Reichstagsfraktion einen Antrag im Reichstag eingebracht, der die sofortige Aufhebung der Futtermittelsteuer fordert.

Sojortige Abschaffung der Todesstrafe. Von den demokratischen Reichstagsabgeordneten Meyer-Berlin und Frau Dr. Lüders ist mit Unterstützung der demokratischen Reichstagsfraktion ein Gesetzentwurf über die sofortige Abschaffung der Todesstrafe als Initiativantrag eingebracht worden.

**Soziales**

**Einheitliches Angestelltenrecht in Polen**

Die polnische Gesetzgebung hat unverantwortlich in den letzten Monaten erhebliche Fortschritte gemacht. Neben dem Angestelltenversicherungs-gesetz sind zwei weitere Gesetze, ein Dienstvertrags-gesetz für Angestellte und ein allgemeines Arbeitsvertrags-gesetz erlassen worden. Das Dienstvertrags-gesetz bringt den Angestellten, wie aus dem G.D.-Pressebericht zu entnehmen ist, in seinen wesentlichen Punkten folgendes: Kündigungsfreiheit; Die Kündigungsfreiheit des Arbeitgebers ruht während des Urlaubs, einer Krankheit, der Verletzung u. Sanitäts- oder Militärrenten. Abgangsentgelt; Eine eigentliche Abgangsentgeltbildung kennt das Gesetz für den Todesfall der Angestellten und zwar haben Hinterbliebenen Anspruch auf drei Monatsgehälter, falls der Dienstvertragsvertrag mindestens 10 Jahre bestanden hat, sechs Monatsgehälter nach mindestens 20-jähriger Dienst-dauer. Die Entgeltbildung ermächtigt sich auf die Hälfte falls Kinder nicht vorhanden sind. — Gehaltszahlung; Krankheitsfällen; Fortzahlung des Gehaltes bis zur Dauer von drei Monaten, sofern nicht der Betrag vorber-dienungsmäßig sein Ende erreicht. Vere Zeitungen aus öffentlich-rechtlichen Krank- oder Unfallfällen können bei in Anrechnung gebracht werden. — Konturrenzklausel; Die Geltung einer Konturrenzklausel legt voraus, daß der Vertrag schriftlich abgeschlossen ist, der Angestellte bei Vertragsab-schluß volljährig war, das Gehalt bei Aufgabe dieses Dienstes mindestens 6000 Zloty betrug und schließlich Arbeitgeber die Verpflichtung übernommen hat, dem Angestellten für die Zeit der Beschränkung mindestens die Hälfte seiner Bezüge fortzuzahlen. Die Beschränkung ist nur der Erwerbszweck des Arbeitgebers und nur für sechs Monate von einem Jahr zulässig. — Urlaub; Die Gesetz hat bereits 1922 durch ein besonderes Gesetz geregelt wird Dienstad auf den Angestellten nach 6monatiger Dienstzeit einen Anspruch auf einen Urlaub von 14 Tagen, nach einjähriger Tätigkeit einen solchen von einem Monat. — Die wird nach alledem kaum sagen können, daß die Angestellte Polens in den wesentlichen arbeitsrechtlichen Fragen leichter gestellt wären als die deutschen Kollegen.

menden Liberalismus und auf die Meinheitsfrage zurück-führen und links-Radikalismus kommt es ihm an.

Gut! Dieses offene Bekenntnis erhebt zur rechten Zeit und besonders eindrucksvoll muß es auf den keineswegs sozialistisch, sondern durchaus liberal gesimten Mittelstand wirken, wenn ihm hier von sozialistischer Seite die Prophe-zie von unerbittlicher Proletarisierung infolge seiner unrechtfertigen Einstellung bei politischen Kämpfen entgegen-gesetzt wird. Diese muß, darin hat das Volksblatt recht, letzten Endes zum wirtschaftlichen Kampf aller gegen alle führen und zu einem Kampf, bei dem die Arbeitermassen auf der einen Seite und ein sündhaftes vorgeberndes Kapitalismus auf der anderen Seite den Mittelstand zerreissen müssen.

Von Vertretern liberaler Bestandsgruppen-Parteien dieses Bild dem Mittelstand oft genug vorgehalten worden. Sie legt nicht in der Sozialdemokratie das Begehren und vielleicht ist gerade dieser gegenwärtig herrschen Zustand ein besserer Warnen für den Mittelstand. Ein Worte den inneren Halt des politischen liberalen Bestandsgruppen-Gedankens wird zwischen Reaktion und Radikalismus nicht nur politisch, vielmehr auch wirtschaftlich in seinen lebensfähigsten Teilen zerreissen und Spielball von Kräften, die wohl zerühren, aber nicht bannen können. Hieran zu denken und danach zu handeln, eine ernste Lebenspolitik des liberalen Bürgeriums, noch ist es auch Zeit. Noch hat der Sozialismus die strebe Macht nicht. Die nächste Gelegenheit muß es härten, und ihm beweißen, daß der Liberalismus die ver-erfolgreichere Gegenwart besitzt, wenn er seine Kräfte re-melt, anstatt sie wie bisher in einem rein materiell eingestellten Teile ohne politischen Weibtrieb zu verjetteln.

Verantwortlich Johannes C. v. R. v. Halle. Druck: Buchverlag Beniger & Co., G. m. b. H., Posthofstraße 9.

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Ausgabe des 11. Heftes der 10. Jahrgangsstufe  
11. Heft 11. Jahrgangsstufe  
Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsförderung erfinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.  
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Nummer 24

Halle, 16. Juni 1928

4. Jahrgang

## Das neue Kabinett

Das Kabinett des Bürgerblocks ist nun endlich zurück  
zu dem Kabinett dieser 16 Monate nicht er-  
reichte, haben die Wahlen erzwingen. Nicht nur  
die Kreislagen der Opposition wird man das Ver-  
fahren von den internationalen Ministern begrüßen. Überall wird man  
sich freuen, wo man für eine erblühende gradlinige Politik  
dem Wideraustausch Deutschlands als wichtiger emp-  
finden, denn jede Partei hätte seine Träne weinen wir ihm  
billig nicht nach. Es liegt in der Geschichte des repu-  
blikanischen Deutschlands die Regierung der geringen Zei-  
tenmäßigkeit dar. Um Herrn Marx mag es persönlich  
schwer sein, er hat in der Vergangenheit sich verschiede-  
ne Entschlüsse erworfen, aber er setzte diesen Ruf auf das Ziel,  
dem Drängen der rechtsgerichteten Kreise des Jen-  
nachgab und sich bereit fand, an die Spitze dieser un-  
erwünschten Verbindung zu treten. In der Entwicklung von  
dieser 16 Monate feilen. Nichts ist schwerer als  
eine Partei einzulösen. Von der Vergangenheit ab wendet  
er sich der Gegenwart zu. Nach sind die Ver-  
hältnisse über die neue Regierung nicht abgeschlossen.  
Die Schwierigkeiten häufen sich. Trotzdem darf man die  
Zukunft hoffen, daß wir spätestens bei Beginn der  
nächsten Woche eine Regierung auf der Basis der Großen  
Koalition haben. Ob sie Dauer besitzt, hängt von der Ge-  
staltung Hermann Müllers ab, der nun zum zweiten  
Mal an der Regierung überträgt.

### Vortragen

Die Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten für die  
Ministerposten dürfte im wesentlichen getroffen sein. Wir  
werden nach wie vor die Ansicht, daß es allein dem  
Republikaner überlassen bleiben muß, sich seine Mitarbeiter aus-  
zuwählen. Am wichtigsten scheint er auch die gleiche An-  
sicht vertreten zu haben. Da er dabei hier und da Zugestän-  
nisse machen muß, liegt im parlamentarischen Spiel  
Vermeidbar, da jedes Mitglied des Kabinetts zugleich Ver-  
treter seiner Partei sein soll. Nur das Geschehen  
in Weimar halten wir für einen Kreislauf, der  
nicht zu Ende ist. Die Ministerfragen haben aber  
bislang glücklicherweise keine entscheidende Rolle gespielt.  
Es ist vorläufig nicht gelungen wird, im ersten An-  
lauf das Kabinett zustande zu bringen, so liegt das an sach-  
liche Meinungsverschiedenheiten. Die Deutsche Volkspartei  
wird die Umwandlung des Preussischen Kabinetts, in das  
sich jeder einreden möchte, nachdem sie vor drei Jahren  
jeden zwingenden Grund ihre Minister zurückgezogen  
wurde. In der Einsicht, ihnen die Tür zu öffnen, besteht  
der Rade des Ministerpräsidenten Braun kein Zweifel.  
Mittlerweile ist fertig. Es ist im Grunde genommen  
eine Vertrauensfrage. Wenn wir die Forderungen  
zentriert, das vorher eine Einigung über Wahlrecht-  
fragen und Schulgesetzgebung herbeiführen will. Soweit  
es um die Wahlreform handelt, stehen wir vollkommen  
auf einer Linie. Auch wir glauben, daß darin endlich etwas  
Geschehen muß. Anders liegen die Dinge bei der Regelung  
der Schule. Zu einem Kompromiß werden alle Liberalen  
nicht sein, schon, um nicht neuen Boden zu eröffnen.  
Das Kompromiß muß den Grundgedanken der Reichsver-  
fassung entsprechen und darf nicht einseitig die religiöse  
Frage auf Kosten der Simultanlehren bevorzugen. Das  
wäre nicht im Sinne des bayerischen Volkspartei,  
die unter dem Vorzeichen des Partikularismus können wir  
nicht ohne den Beitritt der bayerischen Volkspartei zur Gro-  
ßen Koalition nicht bestehen. Wir sind in dieser Hinsicht  
nicht so argwöhnisch, weil in München selbst die Verhand-  
lungen zwischen der bayerischen Volkspartei und den So-  
zialdemokraten über ein gemeinsames Vorgehen schon jetzt  
in der Genossen nur sehr lauen Widerstand gegen  
den Beitritt der Reichsregierung.

### Hermann Müller

In den aufstrebenden Tagen der Weimarer Nationalver-  
sammlung hat Hermann Müller zum ersten Male den Kanzler-  
posten übernommen, als es Scheidemann ablehnte, den  
ersten Friedensvertrag zu unterzeichnen. Zwei Jahre hat  
er ein schweres persönliches Opfer gebracht, als er sich  
dem Unrechtsverlauf. Man denkt heute vielfach  
über jenen Schritt als damals, wo man nur die un-  
erlöschlichen Bedingungen vor Augen hatte, die uns von  
außen gestellt wurden. Doch schmerzigen die Wunden,  
die uns geschlagen wurden. Wir haben weder Danks noch  
Gedächtnis, weder Übersichten noch das Schicksal der  
Welt begriffen. Aber wir haben inzwischen erkannt, daß  
die einzige Freiheit und glücklichere Außenpolitik die Rechte  
nicht zu freigen, aber doch zu finden gelernt ist.  
Wir sind überzeugt, daß sie auf diesem Wege erfolgreich  
verwirklicht werden. Wenn von deutsch-nationaler  
Hermann Müller wegen jener Tat mit Vorwürfen

überhäuft wird, so ist das genau so richtig, wie alles, was  
von dieser Seite geschieht. Ueberdies hat man sich damals  
verpflichtet, die Zustimmung jedes Einzelnen anzuverleihen.  
Da sie nach bestem Wissen und Gewissen erfolgte. Die An-  
griffe auf ihn sind daher nicht nur unbedeutend, sondern  
auch ein Vorbild. Inzwischen hat Hermann Müller als  
Führer der größten deutschen Partei reiche Erfahrungen  
gesammelt. Er ist stets für eine gemeinsame Arbeit mit  
der bürgerlichen Mitte eingetreten, hat die Große Koalition  
unter Streifemännern mit schaffen helfen, ist aber leider in den  
letzten Jahren vielfach in der eigenen Fraktion überstimmt  
worden. Nun zieht er zum zweiten Male in die Wilhelm-  
straße ein. Er befragt, soweit das überhaupt bei dem An-  
gehörigen einer anderen Partei der Fall sein kann, unser  
Vertrauen, und wir können nur hoffen, daß es ihm gel-  
tend, nicht nur die Regierung zu bilden, sondern auch im  
Vorm zu erhalten, damit die Konsolidierung des Reiches,  
die vornehmlich eingelegt hat und nur durch das  
bisherige Kabinett unterbrochen wurde, weiter fortgeschreitet.

### Der kommunistische Vizepräsident

Der Preussische Landtag hat zum ersten Mal seit seinem  
Bestehen einen kommunistischen Vizepräsidenten erhalten.  
Herr Schwane wurde gewählt, übrigens mit Stimmhaltungen  
der gesamten Reichstages, die seine Ernennung hätte ver-  
hindern können, nachdem er bindende Zustimmung gegeben  
hatte, daß er die Geschäftsbildung gewissenhaft wahrnen  
würde. Man konnte seiner ersten Amtsübernahme mit einiger  
Spannung entgegen sehen. Sie ist aber Erwartungen gut  
ausgefallen. Ein Vizepräsident, den man nicht niederzuschreiben lohnt  
nicht, führte einige Vorkommnisse auf und wurde dafür von  
Schwane zur Ordnung gerufen. Seine die Änderung höherer  
Strafen, als das Ansehen fähig nicht. Er macht der Reichstag  
mit seinen anderen Reden. Man wird sich im  
Reichstag der gleiche Vorzug wiederholen. Auch dort ist  
die kommunistische Fraktion stärker als die der Deutschen  
Volkspartei und erhebt ihren Anspruch. Dr. Nipper, der bis-  
her dieses Amt inne hatte, ist wegen hohen Alters aus dem  
politischen Leben ausgeschieden. So fällt es zum Glück  
Trotzdem bedauern wir, daß es dahin kommen mußte, denn  
dortin spiegelt sich der Niedergang der bürgerlichen Mitte. Es  
wird ja auch bei den großen Ansprüchen deutlich genug in  
die Erscheinung treten. Der Redner der deutschen Volkspartei  
nimmt erst nach dem Kommunismus das Wort und der  
demokratische Sprecher erscheint ziemlich spät auf der  
Tribüne. Wenn es der Wirtschaftspartei gelingt, noch mit  
irgendeiner Splittiergruppe in Arbeitsgemeinschaft zu kommen  
soll, haben wir sogar die erst abzuwarten. Schön ist  
das nicht.

### Jaleski in Paris

Man muß das Treiben des polnischen Außenministers  
immer mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Auch wenn  
er gelegentlich von seinem Verhältnis zu Deutschland  
gegenüber spricht, ist seine Einstellung doch scharf  
deutsch-feindlich. Seine Unterredung mit Briand ist auch  
reichlich unerfreulich gewesen. Sie hatte neben dem polnisch-  
französischen Konflikt die Frage der Rheinlanddrängung zum  
Gegenstande. Was er dabei erstrebte, ist eine Sabotage  
schlimmster Art. Genaue, die Nennung selbst kann er  
nicht verhindern, denn sie ist in den Bestimmungen des  
Versailler Vertrages festgelegt. Darüber hinaus sind uns  
in Locarno Zusicherungen gemacht worden, deren Erfüllung  
allerdings erst zum kleinsten Teile erfolgte. Wir haben hier  
einen Rechtstakt, auf den wir pochen. Herr Jaleski aber  
will die Ausführung der Versprechungen von einem neuen  
Eist-Lozano abhängig machen. Die von ihm aufgestellte  
Gleichung, Weichsel gleich Rhein, lehnen wir mit aller  
Entschiedenheit ab. Was im Westen geschieht, ist lediglich  
Sache der dort beteiligten Mächte. Polen gehört nicht zu  
ihnen, und es ist eine Einmischung, die wir uns verbieten  
müssen, wenn er nun verliert, seinen Willen auf dem  
Umwege über Frankreich durchzusetzen. Er gefährdet damit  
lediglich die Verbindung, die angeblich durchaus in seinem  
Sinne ist. In Wirklichkeit ist er ihr Gegner. Das küm-  
mert uns aber nicht. Das Schicksal Europas beruht nicht  
auf dem Wohlergehen Polens, ohne das es ja auch einmal  
gegangen ist. Der einzige Erfolg, den er erzielen kann, ist  
die Verzögerung einer im Interesse aller Nationen ge-  
legenen Vereinigung der zwischen Deutschland und Frank-  
reich schwebenden Fragen. Man wird sich in Paris hofent-  
lich darüber klar sein, daß man das Pand der Rhein-  
landbesetzung durch jede Staatsänderung der Nennung ent-  
wertet. Am 10. Januar 1930 muß die Aachener Zone frei  
werden. Daran kann nicht gerüttelt werden. Verschleiht Frank-  
reich auf die große Weise, selber seine Truppen zurück-  
ziehen, so darf es sich nicht wundern, wenn man in Berlin  
dann alles der Zeit anheimstellen und sich zu seinen  
neuen Opfern, auch nicht zu finanziellen, bereit findet.

### Der Bericht Gilberts

Der sogenannte Finanzbericht, den der Generalagent  
für die Reparationen erstattet hat, ist bei aller Vorsicht  
im Ton, fastlich doch recht scharf. Er enthält Kritiken über  
Kritiken. Zunächst an dem ablehnenden Beschluß des bis-  
herigen Kabinetts gegenüber der von der Reichsregierung ge-  
forderten Forderung. Auch an der Reichsbahn selbst, von  
der er keinen umfassenden Finanzplan fordern würde, wenn  
er nicht gegen ihr bisheriges Verhalten Bedenken hätte.  
Auch bei dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern  
seht er wieder ein. Er verlangt eine entgeltliche und vernünftige  
Regelung. Bedauerlich, daß uns das ein Fremder  
sagen muß, dessen Wort besonders peinlich wirkt, da er ja  
im Auftrage unserer Glaubigen gleichsam die Pflanzfl  
über unsere Finanzverwaltung führt. Schließlich ist er dabei  
im Recht. Wir selbst haben immer wieder diesen Finanz-  
ausgleich gefordert, aber im Sinne Reichs, nicht Dr.  
Köhlers. Ganz einverstanden sind wir mit seiner Schluß-  
folgerung, daß es nun an der Zeit wäre, die Entsumme  
unserer Verpflichtungen festzusetzen. Als guter Kenner seines  
Vaterlandes legt er dabei den entscheidenden Ton auf die  
Unficherheit, die solange am Geldmarkt herrschen wird,  
und uns an der Aufnahme von Auslandsanleihen ver-  
hindert, als diese Regelung nicht erfolgt ist. Lieber die  
Summe selbst sagt er natürlich nichts. Wir aber möchten  
hinzufügen, daß jede bisher genannte Zahl viel zu hoch  
ist. Die deutsche Wirtschaft kann den jetzigen Steuerdruck  
nicht ertragen, der aber nur dann gemindert werden könnte,  
wenn Verzinsung und Tilgung der Devisen erheblich  
unter der jetzigen Jahresleistung von 2,5 Milliarden liegt.  
Barter Gilbert hat nicht ohne Grund darauf verwiesen,  
daß es nicht angehe, wenn die Wirtschaft die Lohnsteige-  
rungen auf die Preise abwäge. Das ist sicher richtig.  
Es muß an den Löhnen gearbeitet werden. Eine Verteue-  
rung führt nur zur Verschlechterung des Auslandsmarktes  
und schaltet uns möglicherweise auf dem Auslandsmarkt  
völlig aus. Aber diese Unkosten können erst dann nemens-  
wert herabgeredert werden, wenn nicht die Steuern einen  
großen Teil des Verdienstes aufsaugen.

### Erkenntnis in Moskau

Die  
beherrschende  
Witterung  
Staat völli-  
gamt lassen  
kein Verwe-  
aufgebracht  
parlamentar  
voll werden  
Mißbrauch  
Erkenntnis  
Er-  
aber  
er-  
rufen.  
Unsere Mosk-  
geleihen haben

### Bayern

Der  
die schwarz-  
diesem und  
der  
deutschen Ma-  
tins  
Land, dagege-  
sein Mandat  
erlingen konnte, trotzdem sie über 100 000  
Stimmen auf sich vereinigten. Aber, liebe Leute, warum  
denn so groß? Maßgebend ist das bayerische Landeswahl-  
gesetz, wie es vom Landtag in der Wollkigung vom 7. Juli  
1925 beschlossen wurde. Unter den damaligen Ja-Sagern  
also Zutimmern zu der angeblichen Bergewaltigungspolitik  
befand sich nämlich auch die hochpopulöse Reichspartei  
des deutschen Mittelstandes, also dieselbe Reichspartei,  
die heute so gütigshillige Proteste losläßt. Der sta-  
graphische Sitzungsbericht (Seite 337, Spalte 1) enthält  
nämlich in der Mitte der zumitzumenden Abgeordneten unter  
Nr. 48 den Namen des Abgeordneten Maurer, der  
bisher als einziger Vertreter der Reichspartei dem  
Landtag angehört hatte. Aber nur stich darauf los...  
Man sieht, die Reichspartei muß zu allem Schanden  
auch nach den Spott der Partei enttan, die dieses un-  
fünftige aller Wahlfälle geschaffen hat.